



## **Fairness auf dem Arbeitsmarkt – Gute Arbeit**

Begrenzung der Leiharbeit – mehr Mitbestimmung – Mindestlöhne – sozialer Arbeitsmarkt – Bildung und Weiterbildung – gleiche Chancen für alle – Europa – sichere und solidarische Rente

### **Einleitung**

Arbeit ist weit mehr als die Möglichkeit, aus eigener Kraft materielle Bedürfnisse zu befriedigen. Sie bestimmt entscheidend die Lebens- und Erfahrungswelt der Menschen und gibt Orientierung für das eigene Handeln. Soziale Beziehungen, gesellschaftliche Teilhabe und gelungene Integration hängen ganz wesentlich von der Möglichkeit zu arbeiten ab. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Bedeutung der Arbeit zentraler Kern ihres politischen Denkens und Handelns.

Arbeit ist einem beständigen Wandel unterworfen. Modernisierung und Strukturwandel der westlichen Industriegesellschaften, der Einfluss der Globalisierung, die Vielfalt der Lebensentwürfe und der Biographien und nicht zuletzt der demographische Wandel verändern die Rahmenbedingungen, unter denen wir arbeiten, die Bedeutung der Arbeit und wie wir Arbeit definieren. Hinzukommt die Veränderung der Arbeit durch die Reformen des Arbeitsmarkts und der sozialen Sicherungssysteme in unserer Regierungszeit, die positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit hatten, zugleich aber neue Fragen, etwa nach der Regelung der Leiharbeit oder der Förderung von Langzeitarbeitslosen aufwerfen.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in einer sich dynamisch verändernden Gesellschaft können daher niemals abschließend festgeschrieben werden. Sie müssen immer wieder daraufhin überprüft werden, wie sie an geänderte ökonomische und soziale Bedingungen angepasst werden können.

Gute Arbeit heißt auch bessere und längere Beschäftigung für ältere Menschen. Und aus guter Arbeit folgt eine sichere und solidarisch finanzierte Rente. Die SPD steht für eine Beschäftigungspolitik, die allen Menschen gleiche Chancen eröffnet und die Beschäftigung älterer Menschen gezielt fördert. Die SPD steht für eine Rentenpolitik, die gerecht und solidarisch finanziert ist, die Lebensleistung älterer Menschen anerkennt, Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht und Altersarmut verhindert. Deshalb brauchen wir gute Konzepte zur Erhöhung der Beschäftigung Älterer und des Renteneintrittsalters sowie zu flexiblen Übergängen in die Rente, gerade bei besonders belasteten Berufsgruppen, für die die notwendige und richtige Verlängerung der Lebensarbeitszeit aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich sein wird. Unter diesen Voraussetzungen halten wir an der Rente mit 67 Jahren fest, die bis 2029 in Stufen endgültig eingeführt sein muss, damit nicht noch mehr Lasten auf die junge Generation verlagert werden, und unterstützen den vorgelegten Kompromiss der Parteiführung vom 23. August 2010.

Um den neuen Herausforderungen an eine gute Arbeits- und Sozialpolitik gerecht zu werden, hat das Präsidium der SPD am 15. März 2010 ein Papier unter dem Titel „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ beschlossen, das in den letzten Monaten in der Partei intensiv diskutiert wurde und das auf dem kommenden Bundesparteitag als Grundlage für den Leitantrag dienen soll. Dieser Entwurf enthält bereits viele gute und richtige Elemente, von der Verzahnung von Arbeitsmarkt - und Bildungspolitik, über die Bekämpfung prekärer Beschäftigung durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, sowie die Regulierung von Leiharbeit und Praktika, bis hin zur Weiterentwicklung der Arbeitslosen- zur Arbeitsversicherung. Das Netzwerk Berlin unterstützt diese Ansätze und Vorhaben ausdrücklich. Gleichzeitig sieht das Netzwerk in einigen Punkten noch Änderungs- und Ergänzungsbedarf, die in diesem Positionspapier im Einzelnen erläutert werden.

## **Das Leitbild der „Guten Arbeit“**

Im Zentrum aller politischer Überlegungen steht für uns das Leitbild der „Guten Arbeit“ und nicht das Normalarbeitsverhältnis. Unser Augenmerk richtet sich nicht nur auf die quantitative Erhöhung von Arbeitsstellen und die Senkung statistischer Arbeitslosenquoten, sondern gerade auch auf die inhaltliche Ausgestaltung von Arbeit als wesentlichem Lebensmittelpunkt der Menschen in unserem Land.

Wie und unter welchen Bedingungen die Bürgerinnen und Bürger arbeiten, ist für uns deshalb ebenso wichtig wie die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen. Wir verfolgen damit ein ganzheitliches Konzept zur Gestaltung guter Arbeit in Deutschland.

- Gute Arbeit bedeutet für uns die angemessene, Unterhalt sichernde und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichende Bezahlung von Arbeit in Vollzeit und Teilzeit.
- Gute Arbeit beinhaltet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso wie die volle Entgeltgleichheit von Frauen und Männern.
- Gute Arbeit braucht demokratische Mitbestimmung in den Betrieben und die volle Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen.
- Gute Arbeit ermöglicht Weiterbildung, Qualifikation und Integration für alle in Deutschland lebenden Menschen in jedem Alter.

Ausgehend von dieser Definition sehen wir im vorliegenden Entwurf des Parteivorstandes Potenzial für Verbesserungen, um das Leitbild „Gute Arbeit“ konsequent in allen arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen zu verankern. Eine negative Einkommenssteuer, die unteren Einkommensgruppen die volle Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen ermöglicht, ist hier für uns ebenso Thema wie die zielgruppenspezifische Ausrichtung der Arbeitspolitik auf die Bedürfnisse von Alleinerziehenden und Migrantinnen und Migranten oder die Einführung des Rechts auf Weiterbildung.

**Vorschläge zur Ergänzung des Leitantrages des SPD-Präsidiums zum Bundesparteitag am  
26. September 2010:**

**Mindestlöhne gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien festlegen – Kontrolle verbessern**

Die SPD fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Das ist richtig! Wir wollen eine Lohnfindungskommission einsetzen, in der die Tarifvertragsparteien und Wissenschaft beteiligt sind. Ihre Aufgabe ist es, jährlich der Bundesregierung eine Empfehlung zur Höhe des Mindestlohns zu geben.

Zusätzlich wollen wir die Kontrollen zur Einhaltung der Mindestlöhne ausbauen. Wir wollen eine Telefon-Hotline einrichten, bei der klar ist, dass jeder Anzeige – auch einer anonymen – nachgegangen wird. Nur so kann der Angst vor Arbeitsplatzverlust prekär Beschäftigter entgegengetreten werden. Sowohl Lohnfindungskommission als auch Hotline arbeiten in Großbritannien erfolgreich.

**Geringverdiener entlasten bei gleichzeitig voller Teilhabe am Sozialstaat: Bonus für Arbeit über Steuern finanzieren**

Die Schere zwischen Gutverdienern und Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, geht immer weiter auseinander. Der deutsche Niedriglohnsektor ist in den letzten Jahren rasant angestiegen und geht oft einher mit Prekarisierung und mangelnder sozialer Teilhabe. Das war von der SPD nie gewollt und macht deshalb ein Nachsteuern notwendig. Dieses Nachsteuern wurde auch schon in den letzten Jahren erkannt und mündete zum Beispiel in der Forderung nach flächendeckenden Mindestlöhnen und der Regulierung von Leiharbeit. Diese Forderungen reichen nicht aus, um das sozialdemokratische Kernversprechen guter Arbeit, also Arbeit, die jeder und jedem die volle Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen ermöglicht, einzulösen.

Die Lohnnebenkosten werden im Gegensatz zur Einkommensteuer ab dem ersten Einkommenseuro bezahlt. Deshalb sind gerade untere Einkommen davon besonders belastet. Wir brauchen für Menschen, die von einem geringen Gehalt leben müssen, eine Antwort, wie wir ihre überproportionale Belastung durch Lohnnebenkosten senken, ohne ihren Schutz in den sozialen Sicherungssystemen zu gefährden. Unsere sozialdemokratische Vision ist, dass jede Arbeit die volle soziale Teilhabe ermöglicht. Deshalb werden wir in

diesem Zuge auch die atypischen Beschäftigungsverhältnisse, wie Minijobs, neu regeln. Als ersten Schritt wollen wir eine Begrenzung der Minijobs auf 15 Stunden pro Woche.

Darüber hinaus fordern wir die Einführung des Bonus für Arbeit, der wie eine Steuergutschrift wirkt (negative Einkommenssteuer). Dieser führt zu einer Entlastung ausschließlich auf Seiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Bonus für Arbeit soll nur den Arbeitnehmeranteil an den Lohnnebenkosten über Steuern finanzieren, der Arbeitgeberanteil bleibt. So erreichen wir zwei Ziele: Mehr Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme und die Entlastung unterer Einkommen, wie in der Steuerpolitik bereits erfolgreich durchgeführt. Ob dieser Bonus für Arbeit als Stufenmodell oder als abgaben- und steuerfreies Existenzminimum eingeführt wird und welche weiteren Schritte zur Neuorganisation des Niedriglohnsektors unter dem Leitbild guter Arbeit notwendig sind, soll vom SPD-Parteivorstand in einer Arbeitsgruppe geprüft werden.

#### **Fachkräftebedarf sichern – Zielgruppenspezifische Arbeitsmarktpolitik weiterdenken:**

##### **Erfahrungen bei Jugendlichen und Älteren für Migranten und Alleinerziehende nutzen**

Menschen mit Migrationshintergrund sind in Deutschland nach wie vor von Arbeitslosigkeit stärker betroffen als andere Gruppen. Einerseits macht die PISA-Studie deutlich, dass diese Benachteiligung bereits im Schulsystem beginnt, häufig mit mangelnder Sprachkompetenz einhergeht und andererseits werden im Ausland erworbene Qualifikationen bei uns unzureichend anerkannt. Diese strukturelle Benachteiligung müssen wir dauerhaft überwinden. Dafür brauchen wir eine neue Anerkennungskultur, die ein Recht auf Anerkennung beinhaltet, ein Recht auf Spracherwerb und Bildungsangebote, die auf den Potenzialen der Kinder aufbauen und nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sind. Diese Politik ist kurz- bis mittelfristig durch spezifische Arbeitsmarktpolitik zu ergänzen. Menschen mit Migrationshintergrund haben spezifische Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt, die auch spezifischer Antworten bedürfen.

Deshalb wollen wir unsere Erfolge bei der Zielgruppenarbeit in der Arbeitsmarktpolitik für Ältere und Jugendliche auf Migrantinnen und Migranten noch weiter ausdehnen. Als ersten Schritt sehen wir das Recht des Spracherwerbs, gerade für langjährig in Deutschland lebende Menschen mit ausländischem Pass an. Um unseren Fachkräftebedarf dauerhaft zu decken,

müssen wir gerade in der Arbeitsmarktpolitik alle Zielgruppen in den Fokus nehmen, die es heute besonders schwer haben, ihre Potenziale einzubringen. Neben Jugendlichen, älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Menschen mit Migrationshintergrund sind dies insbesondere die Frauen, und hier vor allem alleinerziehende Eltern. Deshalb wollen wir auch für Alleinerziehende spezifische Arbeitsmarktangebote, die über die modellhafte Erprobung neuer Ansätze, wie sie Olaf Scholz als Bundesminister für Arbeit und Soziales noch auf den Weg gebracht hat, weiterentwickeln. Neben der Kombination von Bildungs- und Betreuungsangeboten ist hier sicherlich auch ein anderer Schlüssel bei der Betreuung dieser Arbeitssuchenden sinnvoll. Wie bei jugendlichen Arbeitslosen, wo der Schlüssel zwischen Vermittler und Jugendlichen 1:75 beträgt, wäre dies auch bei Migrantinnen und Migranten und Alleinerziehenden sinnvoll.

Wir wollen ein Ausbildungspaket für Migrantinnen und Migranten schnüren und eine Initiative „MigrationPlus“ auf den Weg bringen.

### **Normalarbeitsverhältnisse für Frauen ermöglichen – gleiches Entgelt und paritätische Besetzung von Führungspositionen**

Die SPD will verbindliche gesetzliche Regelungen einführen, auf die sich Frauen berufen können, wenn sie von Lohndiskriminierung betroffen sind. Dazu gehören auch effektive durchsetzbare Regelungen für Schadenersatz und Entschädigungen sowie umfassende Klagemöglichkeiten einschließlich eines Verbandsklagerechts mit erleichterter Beweisführung.

Auch die mit der rot-grünen Bundesregierung 2001 geschlossene Selbstverpflichtung der Unternehmen bezüglich der Besetzung von Spitzenpositionen mit Frauen ist gescheitert. Deshalb will die SPD verbindliche gesetzliche Regelungen einführen. Ziel dieser Regelungen ist eine paritätische Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten. Weiterhin muss sichergestellt werden, dass das Verfahren bei der Besetzung von Führungspositionen transparent ist und allen die gleichen Chancen eröffnet.

### **Soziale Sicherung von Selbstständigen**

Für uns leisten gute Arbeit nicht nur Menschen mit Arbeitsvertrag, sondern auch Selbstständige – sowohl mit ihrer eigenen Schaffenskraft als auch als Arbeitgeber/-innen und

Ausbilder/-innen. Sie schaffen gute Arbeit und tragen das Risiko dafür. Wir wollen, dass sie an unseren sozialen Sicherungssystemen teilhaben. Hierzu müssen wir diese so weiter entwickeln, damit auch Selbstständige im Falle des Scheiterns oder bei Krankheit vor dem sozialen Abstieg bewahrt werden. Wir werben für eine Kultur der Selbstständigkeit in Verantwortung für gute Arbeit.

### **Bildungspolitik ist Arbeitsmarktpolitik – deshalb Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln und Erwachsenenweiterbildungsgesetz durchsetzen**

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Bildung Menschenrecht. Uns geht es darum, Rechtsansprüche auf Bildung einzuführen. Dies gilt in der Bildungspolitik ebenso wie in der Arbeitsmarktpolitik. Beispiele dafür sind das Recht auf Nachholen des Hauptschulabschlusses oder eines äquivalenten Bildungsabschlusses, ein Recht auf Ausbildung, ein Recht auf Weiterbildung, ein Recht auf Weiterbildungsberatung und ein Recht auf finanzielle Beteiligung bei Weiterbildung. Letzteres sollte so ausgestaltet sein, dass es bei Bedürftigkeit deutlichere Hilfen gibt. Nur durch eine Politik die konsequent auf Bildungsrechte setzt, werden wir Arbeitslosigkeit vermeiden und vor allem Wohlstand und Wertschöpfung in Deutschland sichern.

Das Recht auf Nachholen eines Schulabschlusses ist durchgesetzt, die schwarz-gelbe Bundesregierung will es wieder abschaffen. Wir fordern ein Recht auf Ausbildung für Jugendliche, die zwei Jahre nach dem Schulabschluss noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Das Recht auf Weiterbildungsberatung wollen wir durch den Wandel von der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung durchsetzen, indem regionale Netzwerke diese Beratung unter Führung der Bundesagentur für Arbeit wahrnehmen.

Über die Einrichtung von Weiterbildungskonten sollen Arbeitnehmer die Möglichkeit erhalten, sich berufsbegleitend fortzubilden und ihren Eigenteil zur Weiterbildung ansparen zu können. Wir treten dafür ein, dass diese Weiterbildungskonten steuerlich gefördert werden, um das Ansparen attraktiv zu machen. Klar ist, Weiterbildung und lebenslanges Lernen haben eine dreifache Verantwortlichkeit: Gesellschaftlich, Individuell und in der Wirtschaft, also bei den Arbeitgeber/-innen. Unsere Politik hat zum Ziel dieses

Verantwortungsdreieck auszutarieren und dort zu fördern, wo heute Weiterbildung nicht im ausreichenden Maße stattfinden kann.

Zum Recht auf Weiterbildung brauchen wir neben bestehenden – meist betrieblichen oder privaten Angeboten – auch ein Erwachsenenweiterbildungsgesetz. In diesem Gesetz sollen Rechtsansprüche auf Weiterbildung und auf nachholende Qualifizierung, sowie Urlaubs-, Freistellungs- und Rückkehrrechte für Beschäftigte verankert werden. Das Recht auf Weiterbildung beinhaltet auch die Eigenverantwortung, dieses Recht zum Erfolg zu bringen.

### **Arbeitsförderungsmaßnahmen auch für Partner/-innen in Bedarfsgemeinschaften**

Die Anrechnung des Einkommens des/der Partners/Partnerin in Bedarfsgemeinschaften führt dazu, dass kein Leistungsanspruch und damit auch kein Anspruch auf Arbeitsförderungsmaßnahmen nach dem SGB besteht. In der Praxis trifft dies insbesondere Frauen und führt zur Abhängigkeit von den Partnern. Ziel des SGB darf es nicht sein, das völlig veraltete Modell des Familienernährers zu fördern. Deshalb will die SPD Nichtleistungsempfängerinnen und Nichtleistungsempfänger, die aufgrund eines zu hohen Partnereinkommens keine Leistungen nach dem SGB II beziehen, einen eigenen Rechtsanspruch auf den Zugang zu aktivierenden Maßnahmen nach dem SGB geben.

### **Europa stärken – für eine europäische Initiative der guten Arbeit**

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik können nicht länger rein national gestaltet werden. Die intensive Verbindung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik und der gemeinsame Binnenmarkt erfordern eine stärkere Abstimmung auch der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf der europäischen Ebene. Gleichzeitig wird Europa nur dann von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert und seine Vorteile erkannt, wenn sich Europa zu „guter Arbeit“, sozialer Sicherheit und der Gleichstellung von Frauen und Männern bekennt und entsprechend tätig wird. Hier haben wir enormen Nachholbedarf. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern deshalb eine Initiative für „gute Arbeit“ in Europa, die Regelungen der Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und Demokratie in Unternehmen, gleiche Löhne für Frauen und Männer, eine gute soziale Sicherung, soziale Integration und klare Regelungen für die Zuwanderung nach Europa ebenso umfasst wie die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.